

LEVT Presseinfo - 10.6.2026 - offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesminister Wiederkehr MA

Betreff: Weiterentwicklung der Geräteinitiative ab dem Schuljahr 2027/28

Wir der Landeselternverband Tirol, als Vertreter der Eltern von rund 99.000 Schülern in Tirol, bezieht sich auf das von Ihnen an die Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer am 10.6. gesandte Schreiben. In diesem weisen Sie sehr wohl darauf hin, dass Digitalisierung ein zentraler Bestandteil moderner Bildung und ein wesentlicher Schwerpunkt der österreichischen Bildungspolitik ist. Dieser Feststellung von Ihnen geben wir voll inhaltlich recht.

Sie verweisen auf eine internationale Studie insbesondere im Bereich in jüngeren Altersgruppen und deren geringe Selbstregulationsfähigkeit, wo Konzentration und Lernleistung darunter leiden sollen.

Unter diesen Aspekten sehen Sie die Notwendigkeit die Ausgabe der Endgeräte im Rahmen der Geräteinitiative künftig vom Beginn der 5. Schulstufe auf das zweite Semester der 6. Schulstufe zu verlegen. Also mit einer Zeitverzögerung von ca. 1,5 Schuljahren.

Ist es nicht so, dass durch die budgetäre Situation unserer Staatsfinanzen die Einsparungen auch den Bildungssektor treffen müssen und daher eine Verschiebung der Kosten auf einen späteren Zeitpunkt erfolgen soll?

Erst im März 2025 wurde durchgesetzt, dass es zu einem Handyverbot an Schulen kommt. Erfreut darüber waren sehr wohl die Pädagogen, Direktoren und auch die Eltern. Die elektronischen Geräte wurden somit gezielt im Unterricht eingesetzt. Eine Nutzung privater Handys und Tablettts der Eltern und auch älterer Schüler wurden somit reduziert. Somit war eine Gleichbehandlung der Schüler durch die Ausgabe der elektronischen Lernhilfen im Rahmen der digitalen Grundbildung gegeben.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass aufgrund der Kostensituation im Bundesbudget die Auswirkungen im Bildungsbereich die geplanten Verschiebung der Ausgabe der Endgeräte stattfinden soll. Nur sollte man nicht auf internationale Studien verweisen, sondern der Öffentlichkeit, vor allem den Eltern, Lehrern:innen und Schülern offen und ehrlich die Maßnahmenursache offen legen, um dafür vielleicht auch Verständnis zu erlangen.

In wie weit diese Situation von Ihren Fachstellen unter dem Aspekt der seit längerem eingeführten digitalen Strategie mit Engeräten berücksichtigt wird, entzieht sich unserem Verständnis. Es werden unerwünschte Nebeneffekte, sowohl für die Schüler:innen wie insbesondere dem Lehrpersonal und vor allen den Eltern, nicht auszuschliessen sein. Die nun, durch diese Maßnahmensetzung, mit hoher Wahrscheinlichkeit von Außen hereindringenden unberechenbaren Systemeinträgen können aus unserer Sicht nicht einmal grob abgeschätzt werden. Endogene, vom System hinauswirkende Effekte, werden oder müssen dann, so die Mehrheitsmeinung aus unserem Bundesland, wieder durch die Eltern und Pädagogen situativ zu bewältigen sein.

Ebenso kann man davon ausgehen, dass die Strategie und Vereinbarung aus dem März 2025 mit einem Handyverbot an Schulen, dadurch nicht mehr aufrecht erhalten werden kann oder sich selbst ad absurdum führen könnte.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Wiederkehr, auch wenn die Finanzsituation diese von Ihnen vorgegebene Maßnahme erforderlich macht, müssen die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien in einem vernünftigen und den österreichischen Verhältnissen angepassten Zeitraum angeglichen werden. Es muss die Bildungsstrategie planbar sein und werden, insbesondere für die Betroffenen.

Auch das Thema mit den Lehrplänen und den QR-Codes ist nicht zu Ende gedacht. Für eine brauchbare Nutzung der QR-Codes ist wieder ein entsprechendes digitales Lese- und Endgerät notwendig.

Daher ersuchen, ja wir als LEVT fordern, dass die Verschiebung der Geräteinitiative unter dem Aspekt der Budgetsituation nicht dazu führen darf, dass Schüler:innen wieder private Geräte oder Smartphones verwenden müssen.

Geben Sie den eingeschlagenen Weg der neuen Lehrpläne und der Weiterführung der digitalen Zukunft in Österreich den Vorrang. Sparen auf Kosten unserer Kinder und der Bildung ist für unser Land nicht der richtige Weg.

Und sollte es so sein, dass diese Verschiebung aus unterschiedlichsten Gründen für unser Land von Nöten ist, dann berücksichtigen Sie einen entsprechenden Zeitfaktor, auch wenn dieser über Ihre Legislativperiode hinausreichen sollten.

Im Dienst der Eltern, unserer Kinder und der Bildung

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen, Landeselternverband Tirol

Mag. Dr. Manfred Macek e.h.
Präsident (AHS, BHS, BMS)

Dr. Benedikt Tremel e.h.
Präsident (APS)